

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 1.10 Mark, vierteljährlich  
3.50 Mark, durch die Post 3.25 Mark  
auswärtig 3.75 Mark. Bestellungen  
werden von allen Reise-  
postämtern angenommen. Im amtlichen  
Zeitungsbureau des Reichs-  
postamtes in Halle unter  
Bezugnahme der Reichs-  
postämter sind keine Gewinne abzunehmen.  
Nachdruck aus der Zeitung ohne  
Erlaubnis der Redaktion ist  
verboten. Halle, den 15. Mai 1917.  
Verlagsgesellschaft Nr. 1140,  
Halle, den 15. Mai 1917.  
Der Bezugspreis ist 1.10 Mark,  
Postgebühren Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

# Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Geschäftsstellen  
über deren Raum mit 50 Pf. bezogen  
und in anderen Fällen nach  
allen Anzeigen-Bestellungen  
genommen. Reklamen die Seite 1. III.  
Schlag der Anzeigen-Annahme  
nummer 11. III. für die Sonntags-  
ausgabe abends 6 Uhr. Bestellungen  
von Anzeigenentwerfern, soweit  
solche zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.  
Erscheinung täglich  
Sonntags ausgenommen  
Erscheinung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, De. Brauhausstraße 17,  
Halle-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 225.

Halle, Dienstag, den 15. Mai

1917.

## Auf dem Wege zum Koalitionsministerium? Gutschkows Rücktritt.

### Die Erfolge des Tauchboot-Krieges.

WTB. Bern, 13. Mai. Die Lebensmittelfrage und der Tauchbootkrieg bilden die Hauptgegenstände der Debatte in beiden Häusern des englischen Parlaments am 8. Mai. Im Oberhause debatierte Lord Balfour auf der Regierung, daß ihre Maßnahmen darüber, ob das Land durchhalten vermöge, ebenso widerprüflos seien wie ihre Lebensmittelverordnungen. Doch bezog sich hauptsächlich die Rede der Schifffahrt als sehr ernst und betonte, daß die Tauchboote aus verschiedenen Gründen noch gefährlicher werden würden. Der Nahrungsmittelkontrollen-Deputat sagte, die Regierung treffe Maßnahmen, die verlässliche Tonnage für unzugänglich notwendige Güter darzustellen. Sofort die Verheerungen der Tauchboote ein gewisses Maß an Wohlstand nicht übersteigen würden, würde man hinsichtlich des Brotgetreides mit gleich befriedigenden Referenzen bis zur nächsten Ernte durchhalten. Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung sei die Lage günstig. Eine Zirkulation sei, falls sich der Verkehr in vernünftigen Grenzen halte, schwerlich zu beschaffen. Die Vorräte an Getreide seien größer als im Vorjahre. Ueber die Frage, ob die Einführung der Zwangsrationierung beschlossen sei, verriet er es, daß offen auszusprechen Lord Milner erklärte im Namen des Kriegsministeriums, die Regierung werde zur Zwangsrationierung nur in jenen Fällen, wenn eine unabweisbare Notwendigkeit vorliege.

Im Unterhause erklärte Butt, die Statistiken der Väter wiesen im April eine 4prozentige Abnahme der Brotverkäufe gegenüber März auf. Diese Tatsache sei aber nicht ausreichend, um von einer Zwangsrationierung abzusehen, falls sie aus anderen Gründen notwendig erseheine.

WTB. Bern, 14. Mai. Clemenceau spricht im 'Sonne-Endgame' sein Ernteaussagen aus, daß das französische Marine-Ministerium immer noch Wochenstücken über die Schiffsbestände in französischen Häfen veröffentliche, die dazu angeht seien, die Ergebnisse des U-Boot-Krieges, die unheimlich und geradezu katastrophal seien, zu verheimlichen. Clemenceau berichtete ebenso über die von der Entente getroffenen Abwehrmaßnahmen, die bisher durchaus ungenügend gewesen seien. Man müsse sich fragen, wo die französischen U-Boote blieben, während die deutschen sich bis in die Giondbombung hineinwagten, und ferner, ob die französischen Häfen nicht wie die deutschen durch einen Minengürtel geschützt seien.

WTB. Haag, 13. Mai. Der 'Nieuwe Courant' begrüßt die Wiederannahme des belgischen Sitzwortes und rühmt die Erfolge des Tauchbootkrieges. England und Deutschland hätten die Vollen gewechselt. Jetzt beherrschte Deutschland mit den Tauchbooten die See. Alle englischen Verträge, sich die U-Boots-Mordwaffe zum Leibe zu halten, seien vergeblich gewesen. Die jubelnde Freude des Reichstages über die U-Boots-Erfolge, sowie seine Heberzeugung, daß England bald werde Frieden machen müssen, könne nicht befremden.

Die ganze Straßenszene in England eingezogen.  
Amsterdam, 12. Mai. Das 'Allgemeine Handelsblatt' meldet aus London, daß die Regierung die gesamten Getreidevorräte, die in Besitz der Brauereien besaßen, eingezogen hat.

### Die Versenkung der Höfen und der Unterseebootkrieg.

Wiederholt hat die englische Regierung versprochen, die Befreiung der Höfen, Pöck- und Kabinordnungen durch wirksame Maßnahmen abzuwehren. Doch es ist auch hier um leere Versprechungen gehandelt hat und daß die Versenkung der Höfen gerade im Zusammenhang mit der Seeperre sich immer stärker fühlbar macht, zeigen die lebhaften Klagen darüber, daß Schiffe mit Ladung von einem Hafen Englands zum anderen geschickt wurden, weil nichts die entsprechende Möglichkeit für die rasche Lösung der Ladung bestand. Zu diesem Zusammenhang ist ein Brief bemerkenswert, welchen der parlamentarische Sekretär des Schiffahrtministeriums auf eine Anfrage an ein Parlamentsmitglied über die Abgabe der Höfen hatte sich über die Desorganisation der Höfen befragt, weil einzelne Schiffe sich durch das System des Hin- und Herbewegens der Versenkung hatten auszuweichen müssen. In dem Antwortschreiben, welches er erhielt, wurde gesagt: 'Dah in den letzten Wochen zwei Schiffe, welche einen bestimmten Hafen angefahren hatten, kurz nach Verlassen besetzt versenkt worden sind, ist nicht der Fall; aber es ist unglücklicherweise richtig, daß ein Schiff, welches ungefähr 1500 Tonnen Nahrungsmittel enthielt, in der angegebenen Weise für England verloren worden ist. Und es ist richtig, daß ungefähr von sechs Wochen sich ein ähnliches Fall ereignete, als ein Schiff verloren ging, welches ungefähr 2000 Tonnen Nahrungsmittel enthielt.' Die

WTB. Petersburg, 14. Mai. (Reuter.) Kriegsminister Gutschkow ist zurückgetreten.

Der Rücktritt Gutschkows bringt keine Ueberraschung. Seine Stellung war durch die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates unhaltbar geworden. Wiltkows Rücktritt ist damit gleichfalls unumgänglich geworden, da er nun keine Stütze mehr hat. Die Bildung eines Koalitionsministeriums mit einigen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates gewinnt damit — trotz der Ablehnung des Vorschlages im Ausschuß dieser Regierung — an Wahrscheinlichkeit, sicher aber ist dieser Weg noch nicht.

Man darf gespannt sein, den Anlaß sein, der den letzten Anstoß zu Gutschkows Rücktritt gab. Erst wenn man ihn kennt, wird sich die Situation mit größerer Sicherheit beurteilen lassen. Die Rede, die der abgetretene Kriegsminister, wie wir gestern im Abendblatt berichteten, im Arbeiter- und Soldatenrat hielt, ließ darauf schließen, daß er selbst noch nicht an seinen baldigen Rücktritt glauben wollte.

WTB. Amsterdam, 14. Mai. 'Allgemeines Handelsblatt' zufolge meldet der Petersburger Berichterstatter des 'Daily Express', daß die Frage des Kriegsministers Gutschkow über die zunehmende Gefährlichkeit in Rußland besonders deshalb von großer Bedeutung ist, weil der Vertreterauschuss der Arbeiter und Soldaten keine Befugnisse als Regierungsgewalt überträgt und sich mit Hilfe der Petersburger Telegraphen-Agentur mit den auswärtigen Regierungen in Verbindung setzt. Die 'rote Garde' von bewaffneten Meutereien habe vorzugehen, einen organisierten Militärschub ins Leben zu rufen, um unabhängig vom Vertreterauschuss der Arbeiter und Soldaten einzuschreiten, wo es die Regierung für notwendig hält.

### Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

Erfolglose französische Teilvorstöße.  
WTB. Berlin, 14. Mai, abends. (Amtlich.) Weshalb keine Militärfestigkeit an den Kampffronten im Westen. Bei Camonne, Corben und Berraus-Bar blieben französische Teilvorstöße erfolglos.

### Amtliche Meldung des Admiralstabes.

Ein französischer Truppentransport versenkt.  
WTB. Berlin, 14. Mai. (Amtlich.) Ein ungerer im Mittelmeer operierendes U-Boot, Kommandant Oberleutnant zur See Vamborg, griff am 30. April den französischen Transportdampfer 'Colbert' (5894 Tonn.) mit Truppen und Kriegsmaterial von Marseille nach Salonik an, unterwegs vor dem Kanal von Gattico an und brachte ihn durch Torpedotreffer innerhalb fünf Minuten zum Sinken. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

Die 10. Isonzo-Schlacht.  
WTB. Wien, 14. Mai. (Amtlich) wird verlautbart: Deftlicher und blutiger Kriegsschauplatz. Anwesenheit.

Italienischer Kriegsschauplatz.  
Die Militärzeitung am Abend geht ohne Unterbrechung fort. Das feindliche Feuer klagte hier mitunter zu großer Stärke. Die italienische Infanterie verlor die in einem Handreich gegen einen unserer Höhenpunkte. Sie wurde durch ungenügend ausreichenden Gegenstoß gemindert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschall-Lieutenant.

### Letzte Depeschen.

Wiederansuchen von Privatversicherungen nach dem Kriege.

WTB. Berlin, 14. Mai. Der Hauptauschuss des Reichstages nahm mit Zustimmung des Staatssekretärs des Innern die von Reichstagsmitglied Herrn Baumgarten eingeleitete, an das Reichstagsamt für Privatversicherung übertragene, das Wiederansuchen der erloschenen Versicherungen von Kriegsteilnehmern und anderen infolge des Krieges in Schwierigkeiten geratenen Versicherten herbeizuführen.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

'Morning Post' vom 4. Mai 1917 teilt den Inhalt dieses Briefes mit und fügt die Bemerkung hinzu, daß in den betreffenden Häfen für Schiffsreparaturarbeiten keine Gelegenheit werden müßten, sobald die Unterseebootsfahrer als ernst erkannt wurde. Die 'Morning Post' hat völlig recht. Die englische Regierung hätte noch für vieles andere sorgen müssen, was jetzt England bitter tut.

### England am Ende seiner Kraft.

Am Rande der Hungersnot.  
T. U. Amsterdam, 14. Mai. Die Ansicht aller Kreise ist, daß die Engländer erschöpft sind und daß sie die Entscheidung auf das folgende Jahr verschieben. Gegen die beabsichtigte Einberufung des nächsten Referendums jahrganges herrschte starke Opposition, so daß die englische Regierung sie nicht durchzuführen wage. Transporte nach Saloniki werden der englischen Regierung fast unmöglich, daß in politischen Kreisen die Meinung herrscht, die gegenwärtige Offensive Sarraill sei eine Vorbereitung zum Abzug der Sarraill-Armee. Liberale englische Politiker äußern, daß die Verhandlungen den Krieg verloren haben, weil Rußlands militärische Macht nicht wieder aufzubauen sei. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland seien gegen den Krieg und arbeiten auf die Ruhe im Innern hin. Wegen Lord George wurde die Opposition in liberalen Kreisen zusehends härter. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in England überzeugen die Massen immer mehr von der Wirkung der deutschen U-Boote. 'Labour and Leader' schreibt, daß die Liberalen jetzt Gelegenheit hätten Lloyd George zum Rücktritt zu zwingen und die Kabinetsführung selbst zu übernehmen. Lloyd Georges Theorien hätten bisher nirgendwo Erfolg gehabt. England sei an den Rand der Hungersnot geraten und gebe dabei den kleinen Wälzern, um seine Finanzen im Gang zu erhalten. Das von Lloyd George geleitete Volk sei im Ernüchteren.

### Das Eingekündnis der Schwed.

T. U. Stockholm, 14. Mai. Die 'Times' sprechen die Ansicht aus, daß es ohne neue Schritte unmöglich sei, an der Westfront einen entscheidenden Schlag zu führen.

### Die Stimmung in Paris.

T. U. Berlin, 13. Mai. Aus Frankfurt am Main wird der 'Schlesischen Zeitung' gedruckt: Mit jedem Tage wird die Stimmung in Paris ungeschickter der geringen Fortschritte der Offensive im Westen neuwies. Die Stilllegung der amtlichen Kriegsberichte mit ihrem langen Hohlwortschwall und ihre Aufstellung unbekannter Vorzeichen ist dem ungeschickten Zeitungslieser ein schlagender Beweis für die Tatsache, daß weder bei Arras noch bei Reims irgendwelche praktischen Erfolge erzielt wurden. Für die unmaßstäblichen Massenmengen, die in den amtlichen Kriegsbulletins vorfinden und die Fortschritte der französischen Offensive vorfinden sollen, hat das Publikum kein Verständnis. Die öffentliche Meinung und die Presse schieben die Schuld an dem Mislingen der Offensiven der militärischen Unfähigkeit des Kaisers und Rußlands zu, durch welche die ganze militärische Kraft aus den Schultern Frankreichs rieb. Man weist in Paris nicht daran, daß Hindenburg in der Lage war, infolge des 'Schwedenschen Waffenstillstandes' im Osten mindestens eine Million Soldaten von Osten nach Westen zu senden und so die englisch-französische Offensive zu vereiteln. Da alle Artillerie nicht rüstet, ist jetzt der königliche Refrain der Kaiser: 'Wesle' geworden.

3:1.

c. B. Karlsruhe, 14. Mai. Der Stellvertreter des 'Secolo' schreibt, daß im Westen der Deutschen eine tiefere Ueberzeugung gegenüber steht. Man müsse annehmen, daß das jetzt keine heftige Schlapppe vorliege, und daß auch keine Anzeichen bemerkbar seien, die auf eine baldige Niederzwingung der Deutschen schließen ließen.

### Rußland.

Ministerium 10. Mai.

WTB. Bern, 14. Mai. Der 'Marin' meldet aus Petersburg, die Zentralstaatsgerichtsammer von Petersburg habe den Mindestlohn für die Arbeiter auf 12 Franken täglich festgesetzt. Der neue Lohnsatz solle sofort in Kraft treten.

WTB. Amherst, 19. Mai. Das Kaiserliche Bureau meldet aus Petersburg: Eine Bande von etwa 30 Anarchisten aus Petersburg und Schiffsburg, die sich Gehenken, Kallnern und Bomben bemächtig war, setzte sich in den Besitz des Hauses des Herzogs von Leuchtenberg in der Nähe des Marienplatzes, um darin ihr Hauptquartier aufzuschlagen. Sie weigerte sich trotz einer Besetzung des Aufseher und Soldatensrates, das Haus zu verlassen. Der Regierungskommandant hat das Haus von Truppen umstellen lassen. Nach einer weiteren Depesche hat der Kommandant von Petersburg General Korolnik seine Entlassung gegeben.

„Republik Kottoma“.

Die „Kön. Ztg.“ erzählt aus Stockholm: Die Abgeordneten der Duma für Kottoma teilten mit, daß dort die Republik erklärt worden sei. Kottoma hat 40 000 Einwohner. Es hat sich ein vorläufiger Volksanhang gebildet. Die Gründungszeit ist befristet für die Kassen über alles gehende. Der Vorsitz der Versammlung über den Grundbesitz.

Drohende Hungersnot in Finnland.

WTB. Kopenhagen, 13. Mai. Nationaltheater „medet“ aus Stockholm: In allen finnischen Provinzen wird ein Mangel an Getreide und an Bevölkerung vorerfindet, sich nicht nur in den Feldern, sondern auch in den Städten. Die gemeinlichen Anstrengungen aller Bürger können Finland vor der drohenden Hungersnot retten, da der Getreide-Einfuhr aus Ausland sich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Die finnische Presse teilt mit, daß englische und französische Agenten an der schwedisch-finnischen Grenze jeden Briefwechsel, der ihnen verdächtig vorkomme, zu hindern suchen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Aus rumänischen Archiven.

WTB. Berlin, 14. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wie aus Bukarest gemeldet wird, haben dort die deutschen Behörden einen ganzen Stoß geheimer diplomatischer Akten vorgefunden, die einen interessanten Einblick geben in das Treiben gewisser rumänischer Vertreter im Ausland, die mittels tendenziöser oft gerühmte falscher Nachrichten, die von dem rumänischen Botschafter, alles auf sich gelassen hatten, um Rumänien in den Krieg gegen die Mittelmächte zu ziehen. Einer der wichtigsten in dieser Richtung war der frühere Gesandte in Sofia Derschi. Er hat sich in seiner Berichtstätigkeit häufig so sehr mit den handgreiflichen Tatsachen in Widerspruch gesetzt, daß sie ganz wie bestellte Arbeit aussieht.

Einbruchversuch in das deutsche Konsulat zu Bern.

Wie der Berner „Bund“ berichtet, wurde gestern nach ein Einbruch in das deutsche Konsulat verübt. Bei dem Einbruch entdeckten die Nachwächter zwei unbekannte Männer, die sich in dem Konsulat hatten verbergen lassen. Die Nachwächter nahmen sofort die Verfolgung auf und schloßen auf die Eingeklinkten, ohne sie jedoch zu treffen, so daß es ihnen gelang, unerkannt aus dem Gebäude zu fliehen.

Die Kriegserklärung an Deutschland in der chinesischen Kammer.

Beif. 13. Mai. „Kwan“ berichtet aus Peking: Eine Resolution zugunsten der Kriegserklärung an Deutschland wurde gestern in der Chinesen Kammer eingebracht. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, ohne daß ein Einfluß hergestellt wurde. In den Strafen fand inzwischen eine Kundgebung für den Krieg statt. Polizei mußte einschreiten. Dieser Versuch, das Parlament zu beeinflussen, könnte eine Miniaturkritik mit sich bringen. Der Abgeordnete hat bereits demissioniert. Andere Minister sind bereit, seinem Beispiel zu folgen. Die Opposition gegen die Kriegserklärung dürfte auf das Militärwesen gegenüber der Militärpartei zurückzuführen sein, deren Führer der Premierminister ist, welcher im Verborgenen die Militärpartei wieder aufzurichten zu wollen. Wie es heißt, würde ein neues Kabinett, das der Kammer genehmigt ist, keine Schwierigkeiten haben, den Eintritt Chinas in den Krieg durchzuführen.

Tobias Wilders Weg zur Höhe.

Roman von Benno v. Raaf.

5. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Berlens Neugierde war rege geworden. Da trat Sommerbauer einige Schritte näher und rief mit freudestrahelndem Gesichte: „Heim komm er! Der Herr Karl! Reich schon morgen. Er hat's in's Kofmeiter tegalathert, das a Wagen bei der Kaffin sein muß. Und die Kaffin sind beim Zubereiten, dass man alles beinwand hat bis auf's Rad. Und freuten sich mich, daß wieder a Herr ins Haus kommt, und daß wieder a Leben anfangt, wie sich's gehört. — Na, obes, Herr!“

Er hatte das mit erfrischer Freude hervorgeprudelt, drehte sich auf dem Absatz um und rannte auf der Straße nach Altbenu weiter. Lachend sah ihm Berlens nach.

Daniel nahm eine Zigarre aus der Tasche und schnitt sie ab. „Ist der Mensch nicht ganz bei Trost, Papa“, wandte er sich an Berlens, „oder ist er betrunken?“

„Der?“ Berlens leckte sich in einen Stroßstiehl und streifte beweglich die Seite von sich. „Der ist oberdort noch froher, lieber Daniel, daß man nachsehen könnte. Ich bin sicher in ein Vernehmen, was für die andern ein Abenteuer ist. Und vor der obersten Finanzbehörde, irgendwo im Himmel droben, sind wir alle zusammen nur solche Ehrendiener. Und Karl? Da hast keinen Vater gekannt — da kannst du bei dich ein Bild vom Sohn machen. Nimm nur in allem das Gegenteil!“ Der Alte belohnte und ruhig — der Junge wird und voll Anmut; der Alte maßvoll und gerecht — der Junge anstrengt und jähzornig; der Alte

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Mai.

Am Bundesratssitz: Dr. Helfferich, Graf v. Hoedern, Präsident Dr. Raempfer eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Der Ergänzungsausschuß betreffend Ausbau des Gebäudes des Reichstagskomplexes wird, nachdem Abg. Naden (Zent.) namens des Hauptausausschußes Annahme der Vorlage empfohlen ununterbrochen in zweiter Lesung angenommen.

zweite Lesung einer Novelle zum Kaisergesetz.

Abg. Etienne (natlib.): Kall ist das einzige zur Verfügung liegende Dingenmittel. Die Kallindustrie leistet im wahren Sinne des Wortes Kriegsgeldbesitz. Sie befindet sich fast ausschließlich in einer Notlage. Die Werte arbeiten mit Unterlassung, da der Absatz nach Amerika fehlt. Mit der Kreisrechnung geht eine Erhöhung der Besätze der Angestellten und Arbeiter Hand in Hand.

Abg. Sacke (Soz.): Wie erwidern unsere alte Forderung auf Hebernahme der Kallwerte aus das Reich. Die angestrebtesten Zulagen genügen nicht, neue Lohnforderungen sind zu erwarten.

Abg. Gothein (Fr. B.): Nichtrentable Werte sollten zusammengelegt werden. Auch um die jetzt nicht ausreichenden Arbeitskräfte zweckmäßig zu verwerten. Ein Beweis für die Steigerung der Produktionskosten ist nicht gebracht.

Abg. v. Brodhagen (Kon.): Die Kallindustrie muß leistungsfähig erhalten werden. Nach dem Kriege muß im Interesse der deutschen Baluta der Export wieder einleihen. Ministerialdirektor Dr. Richter: Der sozialdemokratische Antrag würde das

Ergebnis der jetzigen schiefsten Betriebsjahre für die Lohnverhältnisse festlegen.

Die durchschnittlichen Löhne durch Arbeiterauschüsse festzustellen, ist fast unmöglich. Es würde ein Antriebe in die Arbeiterkategorie gebracht werden.

Abg. Arendt (D. Fr.): Wenn wir diesen Krieg durchhalten, so gehört auch der Kallindustrie Dank. Wir müssen ihr in ihrer Not helfen. Ohne grundsätzlicher Monopolgegner zu sein, halte ich ein Kallmonopol für fast zweckmäßig. Die Arbeitslöhne müssen auch erhöht werden.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Eine Preisobergrenze für Kall ist nicht berechtigt. Die Löhne sind ungenügend.

Abg. Wey (Soz.): Die geringe Verbesserung der Vorlage durch Verbilligung der Arbeiterauschüsse darf nicht beklagt werden.

Abg. Sacke (Soz.): Die Befestigung der Arbeiterauschüsse ist unzulässig.

Nach einigen weiteren Bemerkungen schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird in der vom Ausschuß beschlossenen Form angenommen, unter Annahme des erwähnten sozialdemokratischen Antrages. Es folgt die folgende

3. Lesung der Vorlage.

Abg. Dr. Arendt (D. Fr.): Nach dem Ergebnisse der Abstimmung der 2. Lesung werde ich gegen die Novelle stimmen.

Die Vorlage wird endgültig nach den Beschüssen der 2. Lesung angenommen. Es folgt die

3. Lesung des Etats.

Reim Etat des Reichsamts des Innern führt Abg. Meerfeld (Soz.) an. Die alten Klagen über die Zentralbehörde noch immer. Die militärischen Behörden vernehmen sich auf die Begriffe Redakteur und Sekretar. Verfälschung ist eine notwendige Ergänzung des Parlamentarismus und des öffentlichen Lebens überhaupt.

Abg. Stresemann (natl.): Wie steht es mit dem Wiederaufbau unserer Sandelsstoffe? Ist bis zum Wiederaufbau der Reichstagsteil Dr. Helfferich: Durch den Eintritt Amerikas in den Krieg wurde der von uns ausgearbeitete Gesetzentwurf infällig. Eine neue Vorlage wird dem Reichstage bei der nächsten Sitzung zugehen.

Abg. v. Bosenhausen (Kon.): Wie steht es mit der Herstellung eines einheitlichen Planes zum Ausbau der Wasserstraßen? Für das Kleinmohnungsweien müssen öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden; insbesondere ist der

Bau behunder Wohnungen und die Anlage gesunder Straßenpläne von größter Bedeutung.

Die Kutter hätte als wichtiges Volkstransportmittel vollfrei zugelassen werden müssen.

(Nachen.) Die vielen Kriegsgesellschaften befinden die Schmelzheit der Regierung. Durch wichtige Bürgervereine sollte eine gründliche Revision derselben in die Wege geleitet werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die wichtigste Mobilmachung wird besser erst im Frieden erörtert. Die Tätigkeit des Kriegsausschusses für Ersatzmitteln ist verstanden. Kuttern sind als Volkstransportmittel nicht anzuführen. Die Kontrolle der Kriegsgesellschaften wird in großem Stil durchgeführt werden. Mit dem Zweck des Antrages zur Förderung des Wohnungswesens bin ich einverstanden. Ein heute eingeleiteter Ergänzungsausschuß über die Wasserstraßen stellt die finanzielle Beteiligung des Reiches an den Bauarbeiten sicher.

Abg. Wiese (natl.): Die Kriegsgesellschaften sollten bald verpöndert, wenn sie auch viel Gutes geleistet haben. Ministerialdirektor Müller gibt Auskunft über den Umfang der Weineinfuhr.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Das Volk leidet unter dem Kriegszustand. Wenn Herricht folgende Methode wie in Ausland, und man hat hier eine Verbesserung vor den gleichen Boden. Zensur und Befehlsmassenerhalt sollen die besten. Die Militär- und Militärmachtgeber greift immer tiefer in die persönliche Freiheit ein.

Staatssek. Helfferich: Die Rede des Abg. Dittmann ist der schlagende Beweis dafür, daß der Kriegszustand nicht aufgehoben werden kann.

Soldat Rehen liegen nicht im Interesse von Reich und Volk. Sie sind beileidig für das ganze Volk. Wir sind stolz auf die Zustände, die vor dem Kriege bei uns herrschten. Der Arbeiter ist nicht glücklicher, als das Volk die normalste Existenz genößt hat. Ihn war es unermüdlich, daß die Arbeiter noch einigen Tagen zur Arbeit aufriefen. Wohl in keinem Falle wurde es versucht, die vorertragenen Fälle auf dem Reichstage ordnungsmäßig zu erledigen. Da muß ich ein Eingehen auf die einzelnen Fälle ablehnen.

Abg. Hansen (Däne): Gegen die dänische Presse in Nordfriesland wird mit allen Mitteln angegangen, auch gegen kirchliche Blätter rein erbaulichen Inhalts.

Ministerialdirektor Dr. Arendt: Weshalb haben sich die Herren nicht an die vorzulegende Reichsbehörde, den Militär- oder Befehlshaber in Berlin, gewandt? Das ist überflüssig als hier im Hause aufzudecken. Wiese: hier dort

32 Beschlüsse einmütigen.

4 sind noch nicht erledigt, 6 abzuweisen. Alle übrigen hatten Erfolg.

Abg. Benstein (Unabh. Soz.): Unter der Zensur leidet am meisten der Schriftsteller. Man weiß nicht, was in Deutschland regiert, wer über das Schicksal des Volkes bestimmt.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Die Rede des Staatssekretärs des Innern fand am dem Niveau des Reichsverbandes zur Befestigung der Sozialdemokratie. Wir bedauern am meisten, daß Anlaß zu solchen Beschlüssen vorliegt.

Staatssek. Helfferich: In der Kommission sind wertvolle Beratungen für den Kriegszustand erörtert worden. Es ist zu bedauern, daß einzelne Redakteure hier benutzt werden, um vor der ganzen Welt unsere Zustände als Schreckensregiment zu denunzieren. Es ist unerheblich, daß in dieser ersten Zeit folgende Worte aus deutschen Munde gesprochen werden können. (Anru.) Wenn der Abg. Benstein jeden Frieden lieber liebt, so würde die Fortdauer des Krieges, so verheerlich ist, nicht. Lieber wollen wir zuvornehmend als einen schmachvollen Frieden schließen. (Gebr. rücht.) Für die Leistungen unserer Truppen lobt den Herren Benstein und Dittmann jedes Verständnis. Ich habe einen Selbstrieb mit vielen Anstößen in von Man u schätzen erhalten, in dem es heißt, wir sollten die Herr nur einen Tag in den Schlammgängen schicken.

Abg. Arendt (D. Fr.): Die Worte über die wunderbare Hinsicht unserer Völker unterschreibe ich durchaus, aber ich verheiß nicht, wie Staatssekretär Helfferich für die Aufrechterhaltung des Volkstransportmittels eintritt.

Abg. Herzfeld (Unabh. Soz.): Einen schmachvollen Frieden wird auch Versehen nicht. Das Kriegseinkommen sollte gewandt werden. Die Volkstreue ist verfassungsmäßig.

Damit schließt die Aussprache.

Die Resolution betr. den Kleinmohnungsweien wird einstimmig angenommen.

Der Etat des Innern wird erledigt.

Morgen 10 Uhr: Antragen, Interpellationen, Fortsetzung der Etatsarbeiten.

Schluß nach 6 1/2 Uhr.

zu binden. Als er sich wieder aufrichtete, war sein Gesicht sehr rot. „Weißt du, Daniel“, sagte er, „es kostet die Strenge oft genau so den Kopf wie die Milde. Nur ich's da immer schwerer, wieder gutzumachen. Wenn du nerve Rosenfäden ansehest — obgleich ich sie alle mit gleicher Sorgfalt pflege — es sind doch manche darunter, die mir keine rechte Freude machen wollen. Weg damit, sag ich mir oft. Aber dann verdaß ich's dennoch immer wieder und hat es sich erlei, daß mir die drittste die ich anfertige wird beschieden.“ Er leckte seine „Einmal nur, Daniel, hab ich einen ausgegriffen. Den machst mir kein Zerrgott wieder blissen!“

„Ehe wande sich ab. Sie hatte weidige Augen — als hätte sie aus dem ersten Wort ihres Vaters mich herausgehört, als es lagen wollte. Schweigend nickte sie gegen Daniel hin und trat ins Haus.“

Auch Daniel lechz blieb stumm. Eine Weile sah er die Tür an, in der das Mädchen verschunden war. Dann wandte er mißmutig das Gesicht zu Berlens, der mit zitternden Händen einen Rosenfaden zu umwickeln begann. „Ich sehe, Papa, daß du es eilig hast mit der Arbeit. Da will ich nicht länger föhnen. Wollen!“ Daniel ging mit raschen Schritten gegen Berlens Straße.

Berlens richtete sich auf und sah ihn nach und schüttelte den Kopf.

Epithommersäßen schwammen in der klaren Luft und legten gierliche Reize um die verflüchten Rosenfäden und den weißenen Fieber.

Am Nachmittag kam von Altbenu her ein kleines Wagenfeld gerattert. Zwei Jucker zogen daran und rissen es vorwärts, als ob es eine Wehrkraft gepöhlten hätte. Es war auch wirklich ein Kennen, das sie da austrugten, mit einem pöppeligen Reiter, der einen Sacklein trug — immer eine Abschuldung vor dem Gesicht. Niemand sah ihn. Aber der Doktor war im Wagen so vordrin, daß der Reiter ihm dabei wieder eben Wachsen abgelesen würde; ich war fast, als läge er den hartnäckigen Begleiter leichtfertig, wie er mit der kühneren Faust ein Stundengeld emporhöb und rief: „Wohltaufen!“

Vorbei an Berlens' schweigendem Rosenfaden ging's, vorbei bei Gottwald's seltsamer Haus, immer zu nach Rangelen. Die Bauern, die den Doktor schon sahen, nickten stumm vor sich hin — sie wußten, woher es ging. (Fortsetzung folgt.)



# Deutsches Reich.

## Eggenzell Michaelis über die Ernährungsfrage.

**a. B. Berlin, 14. Mai.** Der preussische Staatsminister für Ernährungsfragen Eggenzell von Michaelis hat bei dieser Tage dem Vertreter einer neutralen Zeitung eine bemerkenswerte Unterredung gewährt. Die Ausführungen des Staatsministers gipfeln in der Feststellung, daß das Ergebnis der Getreidebestandsaufnahme vom 15. Februar tatsächlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei. Die unter Zustimmung militärischer Hilfskräfte durchgeführte Nachprüfung habe indessen ergeben, daß das Durchschnittsergebnis mit 1,5 Millionen Broteinheiten bedingungslos sichergestellt sei. Von Rumänien hätten wir bis zum 15. Juli etwa 250 000 Tonnen Broterträge zu erwarten. Für die kommende Ernte werden militärische Hilfskräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Das als Ersatz für Superphosphat in immer mehr in Aufnahme kommende Thomasmehl lasse die Befürchtung gänzlich unbegründet erscheinen, daß wir in diesem Jahre einen empfindlichen Mangel an künftigen Düngemitteln zu spüren bekommen könnten.

## Halle und Umgebung.

Halle, den 15. Mai 1917.

### 30. Landtag der Provinz Sachsen.

Wie bereits drathisch gemeldet, trat gestern vormittag der Provinziallandtag im Ständehaus in Verlesung zusammen. Den Vorsitz führte als Präsidiumsmitglied der Herr Präsident der Provinz Sachsen, Graf Freiherr v. Hegel. Er eröffnete die Tagung mit einer kurzen Begrüßungsansprache im Namen der Kgl. Regierung und wies dann auf die außerordentliche Bedeutung der Fragen hin, womit der Landtag sich diesmal zu beschäftigen habe. Von größter Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der Provinz sei namentlich die Regelung und Neugestaltung der Elektrizitätsversorgung, und er zweifle nicht, daß der Landtag diese Frage in dem für die Provinz und der Allgemeinheit besten Sinne lösen werde. Zum Schluß brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Krieg bald ein Ende nehmen möge, daß bald ein Friede ersehe, der Deutschlands Zukunft für immer verbürgt.

Die Würde des Alterspräsidenten bekleidete wieder Herr Graf v. Wartensleben. Er dankte den Abgeordneten für das ihm erwiesene Vertrauen und brachte ein Hoch auf König und Heer aus, das starken Widerhall fand. Nach Erledigung einiger Wahlen und gefälliger Anträge schied man dann in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt betraf die

### Förderung der elektrischen Ueberlandbahnen in der Provinz Sachsen.

Es lag folgender Antrag vor: Der Provinziallandtag wolle beschließen: Die von dem Provinziallandtag der Provinz Sachsen am 7. März 1906 und 1. März 1902 festgelegten Grundriss für die Förderung der Kleinbahnwesen in der Provinz Sachsen gelten außer für nebenbahnhafte Kleinbahnen auch für Ueberlandbahnen, die lediglich dem Personenverkehr dienen. Bei der Begründung des Antrages führte Landeshaupmann Herr v. Wilmowski aus, daß das Kleinbahnwesen eine Entwicklung genommen hat, die zu der Zeit, als die erwähnten Beschlüsse gefaßt worden sind, noch nicht übersehen werden konnte. Abgesehen von den städtischen Straßenbahnen, die nur dem örtlichen Verkehrsbedürfnis dienen, haben sich die Kleinbahnen, soweit sie mehrere Orte verbinden, im Laufe der Zeit nach zumeist Richtung hin entwickelt. Die eine umfaßt die städtischen Straßenbahnen und solche Unternehmungen, welche trotz Verbindung von Nachbarnorten infolge ihrer hauptsächlich Bestimmung für den Personenverkehr in ihrer baulichen und Betriebsart die Eigenschaften der städtischen Straßenbahnen ähnlichen Charakter haben. Der zweiten Klasse sind diejenigen Kleinbahnen zuzurechnen, welche darüber hinaus den Personen- und Güterverkehr von Ort zu Ort vermitteln und sich nach dem Gesetz über Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1888 strengsten Anforderungen nachsehen. Diese Bahnen werden als nebenbahnhafte Kleinbahnen bezeichnet.

In den ersten Jahren der Entwicklung des Kleinbahnwesens wurden in unserer Provinz fast ausschließlich nebenbahnhafte Kleinbahnen gebaut, um Landwirtschaft treibende Bezirke der Provinz, die wirtschaftlich zurückgeblieben waren, zu fördern. Dem Provinzialverband unterliegt bis heute im ganzen 24 derartige Kleinbahnunternehmungen im zustande gekommen, die mit einem Anlagekapital von mehr als 35 Millionen Mark zu arbeiten. Die gesamte Länge dieser Bahnen beträgt rd. 700 km. Es ist kaum fernzuden zu erwarten, daß weitere derartige Kleinbahnen unterstellt und gebaut werden. Die Bearbeitung und Förderung der noch in großer Zahl vorliegenden Entwürfe hat aber durch den Krieg leider eine Unterbrechung erleiden müssen. Die andere Art der Kleinbahnen, die, soweit es nicht städtische Straßenbahnen sind, als elektrische Ueberlandbahnen bezeichnet werden, sind bisher in unserer Provinz nicht in größerem Umfang gebaut worden. Ein besonderes Bedürfnis für solche Bahnen lag in der Vergangenheit auch nicht vor. In den letzten Jahren ist aber hierin eine merkbare Wandlung eingetreten. Vor dem Kriege und besonders während des Krieges hat sich in unserer Provinz in sehr erheblichem Umfang Großindustrie niedergelassen und Braunkohlen, wie Kalibertrag hat stark entwickelt. In einzelnen Orten, wie in Mittelnberg, Merseburg, Erfurt und anderen; sind in kurzer Zeit große Arbeitermassen zusammengelassen, ohne daß die Möglichkeit besteht, ausreichende und zufriedenstellende Wohnverhältnisse zu schaffen. Im Interesse der Arbeiter und der Industrie liegt es aber nicht, wenn in der Nähe der neuen großen Werke Arbeiter in großer Zahl in Kolonien, wie sie Not und Spekulationsgeist entstehen läßt, untergebracht werden müssen, sondern es muß erstrebt werden, die Bildung solcher Arbeiterstädte zu vermeiden und den Arbeitern und Beamten der neuen Industrien die Möglichkeit zu geben, sich in ländlicher Umgebung gesunde und angemessene Wohnverhältnisse zu schaffen. Dieser Wunsch hat bei dem Bedürfnis nach elektrischen Ueberlandbahnen bei denen, die mit den Schwierigkeiten der neuen Entwicklung zu kämpfen haben, in erheblichem Umfang wachgerufen. Große Gewinne pflegen aber Ueberlandbahnen, die im wesentlichen nur dem zu bestimmten Zeiten auftretenden notwendigen Arbeiterverkehr dienen, nicht abzuwerfen, so daß

das Betriebskapital nach den Erfahrungen, die mit bestehenden Unternehmungen gemacht sind, bei derartigen Gründungen zurückhaltend ist. Bei der sozialen Bedeutung, welche alle derartigen Ueberlandbahnen haben, sollte aber auch in der Provinz Sachsen darauf gesehen werden, daß sie rechtzeitig erbaut werden, damit schon beim Entstehen neuer Industrien die abzugewandte Arbeiter in günstiger Richtung beschäftigt werden kann. Es liegen zurzeit Anträge auf Unterbringung solcher Bahnen vor und für die Zukunft sind nach der Entwicklung in unserer Provinz noch weitere zu erwarten.

Mit Rücksicht darauf, daß bisher nur nebenbahnhafte Kleinbahnen unterstellt sind und zur Zeit der Beschlüsse des 16. und 20. Provinziallandtags an elektrische Ueberlandbahnen und ihre gegenwärtige Bedeutung nicht gedacht werden konnte, glaubte der Provinzialauschuß, obwohl ein großer Teil der Begründung der Kleinbahnen formell heute bedingt gewesen wäre, ohne weiteres derartigen Anträgen nicht entgegen zu stehen. Der Provinzialauschuß sieht auf dem Standpunkt, daß in gleicher Weise wie bei den nebenbahnhafte Kleinbahnen, wo im wesentlichen nur wirtschaftliche Interessen der Einwohner der Provinz maßgebend sind, es als Aufgabe des Provinzialverbandes angesehen werden muß, auch elektrische Ueberlandbahnen zu unterstützen und die Beschlüsse des Landtages darauf anzuwenden, zumal es sich hier nicht um die Förderung wirtschaftlicher, sondern um die Förderung einer Frage von großer sozialer Bedeutung handelt. Besondere Mittel sind zur Ausführung der beantragten Beschlüsse zurzeit nicht erforderlich, da aus den zur Förderung des Kleinbahnwesens bereit gestellten etatsmäßigen Mitteln in Höhe von 14 Millionen Mark gegenwärtig noch mehr als 3 Millionen Mark verfügbar sind.

Der Antrag wurde ohne Debatte in der ersten und zweiten Beratung angenommen.

### Satzungsänderungen der sächsischen Provinzialbank.

Die beantragten Änderungen betreffen zunächst den § 9 der Satzungen, wonach die Provinzialbank nur von Verbänden und Gesellschaften Einlagen annehmen darf, dagegen nicht von Privatpersonen. Wie in der Begründung des Antrages ausgeführt wurde, empfiehlt es sich, diese einschränkende Bestimmung, welche sich für die Entwicklung der Bank nicht förderlich gezeigt hat, fallen zu lassen. Die Bank hat bei ihrer Gründung ein besonderes Betriebskapital — abgesehen von dem fest angelegten Darlehensbestande der ehemaligen Provinzialhilfskasse — nicht erhalten. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten lassen sich leichter überwinden, wenn der Bank gestattet wird, das Depositengeschäft dadurch zu vergrößern, daß sie auch von Einzelpersonen Einlagen annimmt. Von dieser Einschränkung würden vor allem viele Beamte die sich jetzt ihr Gehalt voransahlen lassen, Gebrauch machen. Der vorgeschlagene Satzungsänderung würde auf diese Weise ebenfalls gefördert werden.

Satzungsänderung darf die Bank Grundstücke bis zu 75 Proz. des ermittelten Wertes befehlen, falls eine leistungsfähige Stadtgemeinde für den 60 Proz. verbleibenden Teil der Befehlung die Bürgschaft übernimmt. Der Mindestbetrag beträgt in diesem Fall für den 50 Proz. des ermittelten Grundstückswertes übersteigenden Teil des Darlehens zu 1 1/2 Proz. der ursprünglichen Darlehensforderung. Dieser Mindestbetrag beträgt von 1 1/2 Proz. ist unter den durch den Krieg hervorgerufenen Bedrohungen für die Höhe der Zahlung der Provinzialbank zu betonen und beschließen würde, konnte mit der Ausgabe der Provinzialanleihe verbunden, aus deren Erlös die zur Herabgabe von Hypotheken gewonnen werden, gerechnet werden; nach Beendigung des Krieges wird dagegen voraussichtlich die Ausgabe von fünfproz. Anleiheanleihen nicht zu umgehen sein. Dementsprechend werden die Hausbesitzer gewonnen sein, die von der Bank entnommenen Hypothekendarlehen ebenfalls mit 5 Proz. — abgesehen von dem zu entrichtenden Verwaltungskostenbeitrag — zu verzinsen. Eine Tilgungspflicht von 1 1/2 Proz., welche neben eine Verzinsung von 5 Proz. tritt, über die leistungsfähigen der meisten Hausbesitzer überflüssig ist. Es wird beschließt vorgeschlagen, den Mindestbetrag für die Ausgabe der Provinzialanleihe mit 5 Proz. zu stellen.

Im § 4 der Ordnung für die Ausgabe verzinslicher Schuldverschreibungen ist bestimmt, daß der Zinssatz der auszugehenden Schuldverschreibungen 4 Proz. nicht übersteigen darf. Da nach Beendigung des Krieges sicherlich höher verzinsliche Schuldverschreibungen auszugeben werden müssen, wird vorgeschlagen, diese Einschränkung zu beseitigen. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden debattellos in erster und zweiter Beratung angenommen.

### Unterstützung von privaten Erbsparungsanstalten.

Sodann berichtete Landeshaupmann Herr v. Wilmowski über den Antrag, wonach der Provinziallandtag den Provinzialauschuß ermächtigen soll, privaten Erbsparungsanstalten zur Errichtung von Neubauten oder zur Vornahme von Erweiterungen und Verbesserungen mit 4 p. H. verzinsliche und mit 1 p. H. sowie den Zinsen der gestifteten Darlehensbeträge zurückzahlende Darlehen bis zum Gesamtbetrage von 500 000 Mk. unter der Bedingung zu gewähren, daß das Darlehen hypothekarisch eingetragen wird und den Wert der Grundstücke und Gebäude der Anstalt nicht übersteigt, daß u. a. die Anstalt sich verpflichtet, dem Provinzialverbande zur Unterbringung von Vorkursgepöhlungen eine entsprechende Anzahl ihrer Plätze zur Verfügung zu stellen.

In der Begründung wurde gesagt, daß bereits von dem 26. und 28. Provinziallandtag zusammen 500 000 Mk. zur Gewährung von Darlehen für die Erweiterung und Neueinrichtung von Erbsparungsanstalten bewilligt worden sind. Die Einrichtung hat sich durchaus bewährt. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel sind jedoch gegenwärtig erschöpft. Die Anzahl der in den Anstalten unterzubringenden Vorkursgepöhligen steigt aber — auch abgesehen von der außergewöhnlichen hohen Zunahme in den Kriegsjahren — stetig recht erheblich. Die in den Landeserbsparungsanstalten wie in den privaten Anstalten dem Provinzialverbande zur Verfügung stehenden Plätze reichen zu ihrer Unterbringung bei weitem nicht aus, so daß, wenn der Provinzialverband den ihm durch das Vorkursgesetzgesetz zugewiesenen Aufgaben gerecht werden will, die Erweiterung der Anstalten über die Einrichtung neuer einbringendes Bedürfnis bildet. Daß der privaten Anstalten unter den heutigen Verhältnissen die Unterbringung der für Reservierungen erforderlichen Gelder noch höherer Stellen wird als früher und je deshalb auf den Provinzialverband allein angewiesen sind, bedarf einer weiteren Ausführung nicht. Wenn auch in nächster Zeit die Zuzugnahme von Neubauten, von Ausnahmefällen abgesehen, soweit als irgend möglich hinausgeschoben werden wird, ist es im Hinblick darauf, daß von verschiedenen Anstalten, z. B. Reinhold,

größere Bauten geplant werden, und um die Kelung zu solchen Reservierungen zu werden und zu werden, doch notwendig, daß möglichst bald bestimmte Zulagen wegen der Darlegung der erforderlichen Mittel seitens des Provinzialverbandes gemacht werden können. Aufzudem kommt auch der Erwerb und die Einrichtung älterer Gebäude für Anstalten in Betracht.

Sobald die Auszahlung von Darlehen vor Beginn des nächsten Haushaltsjahres mit Beginn des nächsten Jahres, würde der Betrag bis dahin aus bereits Mitteln entnommen werden können.

Oberbürgermeister Dr. Contag-Nordhausen erstelt Beschlüsse gegen die Ausübung eines großen Reservelagars in Nordhausen.

Landeshaupmann Herr v. Wilmowski erwidert, daß diese Maßnahmen sich nicht umsetzen lassen. Zimmerhöhere lieh sich erst am 1. Oktober in Kraft. Bis dahin sei der Krieg noch hoffentlich zu Ende, und dann erlaube sich diese Angelegenheit ganz von selbst.

Die Vorlage wurde dann in erster und zweiter Beratung angenommen.

Hierauf gelangte der wichtigste Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung, der

### Ausbau der Elektrizitätsversorgung der Provinz Sachsen.

Der dem Provinziallandtag vorgelegte Antrag lautet: Der Provinziallandtag wolle beschließen:

1. Der Provinzialverband übernimmt bis zu 250 000 Mark Mitteln zum Reimbetrag von einer zu gründenden Gesellschaft, „Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G.“
2. Der Provinzialverband beteiligt sich mit 1 840 000 Mk. Stammeinlage an der Ueberlandzentrale Sildberg G. m. b. H. zu Meißnerode.
3. Der Provinzialauschuß wird ermächtigt, dem Provinzialverband an weiteren Unternehmungen, welche der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen, in einer Höhe bis zu 3 Millionen Mark zu beteiligen und die Bedingungen hierfür festzusetzen.
4. Der Provinzialauschuß wird ermächtigt, zur Durchführung obiger Beschlüsse durch Vermittlung der Sächsischen Provinzialbank Darlehen bis zur Höhe von 7,5 Millionen Mark aufzunehmen und die Bedingungen im einzelnen jeenerseits festzusetzen.
5. Der Provinzialauschuß wird ermächtigt, mit dem Königlichen Eisenbahnministerium auf Grund seines Vertragsangebots auf Stromlieferung in Verbindungen einzutreten, einen entsprechenden Vertrag abzuschließen und diesen auf das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G. zu übertragen.
6. Der Provinzialauschuß wird ermächtigt, namens des Provinzialverbandes für Darlehen von Unternehmungen, die der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen, die Zins- und Tilgungsgarantie zu übernehmen und die Bedingungen hierfür festzusetzen.
7. Die Verwaltung der zu erwerbenden Aktien und Gesellschaftsanteile von Elektrizitätsunternehmungen erfolgt nach der in der Anlage beigefügten Ordnung.

Landeshaupmann Herr v. Wilmowski gab dem Antrag eine eingehende Begründung, wobei er ein allgemein orientierendes Bild über den jetzigen Stand der Elektrizitätsversorgung unserer Provinz entwarf. Er sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß die geplante großzügige Neugestaltung des ganzen Elektrizitätswesens in kurzer Nähe mit dazu beitragen werde, die schwersten Schäden, die der Krieg auch unserer Provinz zugefügt habe, wieder zu beseitigen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Oberbürgermeister Dr. Nove-Halle: Ich möchte davon abraten, jetzt unzeitig in die Verhandlung über das Vorgehen einzutreten. Bei dieser außerordentlich wichtigen und verzwickten Materie könnten wir da leicht in eine sehr und ergebnislose Debatte geraten. Ich beantrage deshalb, die Vorlage zunächst in einer sofort zu wählenden Kommission, noch mal eingehend durchzuarbeiten, um dann mit geschätzten Ansparungen und klarem Blick an die Dinge im Plenum heranzutreten zu können.

Oberbürgermeister Reimarus-Magdeburg verpflichtet die Ausführungen des Vorsitzenden und beantragte ebenfalls Kommissionsberichterstattung.

Oberbürgermeister Dr. Contag-Nordhausen vertritt diese Beschlüsse. Doch finden viele Mitglieder des Hauses der ganzen Angelegenheit noch so unklar gegenüber, daß es zu begrüßen wäre, wenn allen Mitgliedern die Möglichkeit verschafft würde, den Beratungen der Kommission beizuwohnen.

Landeshaupmann Herr v. Wilmowski erwidert, daß es ohnehin jedem Mitgliede freistünde, die Beratungen der Kommission anzuhören. Wegen der erwartenden starken Beteiligung würden die Beratungen der Kommission daher im großen Sitzungssaal stattfinden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, worauf sofort die Wahl der aus 15 Abgeordneten bestehenden Kommission erfolgte. Die Kommission wird ihre Beratungen noch am Nachmittag beginnen und am folgenden Tag vorlesen. Mittwoch früh hofft man die Vorlage im Plenum erledigen zu können.

Der Präsident schloß hierauf die Versammlung und beehrte die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 16. Mai 9 Uhr vormittags an.

Der Ausbruch des Städtetages nach Mitte Juni wieder zusammenzutreten. Die deutschen Städte wollen auf den baldigen, entgeltlichen Abschluß der Reichsverträge für das nächste Erntefahr hinwirken, und dafür eintreten, daß die Regelung bestimmter und unangenehmer durchgeführte wird als in vergangenen Jahren. Außerdem soll die Rohstoffverfügung für den nächsten Winter besprochen werden.

Von der Jagd. Für der Umfang der Regierungsbereichs Meinung wird der Beginn der Schonzeit für Wild, Fasel- und Fasanenschieße auf Freitag, den 18. Mai, und der Anfang der Jagd auf wilde Enten auf Sonntag, den 1. Juni 1917, festgelegt.

Dr. Richard Gammal, Privatdozent für Mechanik an der Technischen Hochschule in Danzig, hat sich umhabilitiert, um als Nachfolger des nach Heidelberg vertriebenen außerordentlichen Professors Dr. Pfeiffer den Lehrstuhl für angewandte Mathematik an der Universität Halle zu übernehmen.

Beerdigung. Der frühere Oberassistent Hermann Neuberger ist zum Leutnant im 102. Artillerie-Regiment befordert worden. Er ist ein Sohn des verstorbenen Gemeindevorstehers Reichardt in Kriegerdorf.

Sturz eines Kindes aus dem Dachstuhl. In dem Hause Nr. 23 ist während der Abwesenheit der Mutter ein zweijähriges Kind aus dem Dachstuhl der Mansarde gestürzt.



Das Kind sollte über das Dach und schief auf das Strafen...  
...auf dem Boden liegen.

**Saattstoffausgabe.**

Diesemal Kleinfelder, die vom Bund zur Erhaltung...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Nach beilegen Kleinfelder, die nicht vom Bund, sondern...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**Provinzial-Nachrichten.**

**Umgestaltung des hiesigen Werks nach privatrechtlichen Grundrissen.**

Beizig, 14. Mai. Die Stadtratsversammlung beschloß...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Dem Aufsichtsrat sollen die Rechte und Pflichten eines Aufsichtsrats...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**Die Stadt Nordhausen an Hindenburg.**

Der Magistrat und die Stadtratsversammlung der Stadt Nordhausen...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Im Haushaltsausfluß des Deutschen Reichstags hat der gewählte Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Nordhausen...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Das Telegramm schließt mit den Worten: Wir bitten Eure Excellenz...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Vom Oberberg, 14. Mai. (Die Spinnkassette) sollte ein...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Quedlinburg, 14. Mai. (Feuer auf Mündenhof.) Die bereits...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**Vermischtes.**

Danz des Sohns an die Induktion Schines. Es wird...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Lebensmittelfragen in großen Massen gelöst. Aus Bamberg...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**Wieder ein falscher Hauptmann.**

Die Kaiserliche Strafkammer beurteilte den Schloffer...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**Ein schwerer Bootsunfall.**

hat sich, wie aus Glogau gemeldet wird, am dortigen...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Ein Prinz geboren. Aus Karby (Kreis Sternberg) wird gemeldet...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Genoetische Berliner Kontroverse. Durch rechtskräftigen...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Waldvertrieb von Schweinen. Aus dem Regierungsbezirk...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Bamberg ohne Hochwasser. Wegen Kohlenmangels ist...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Eine schwere Mordtat ist Sonnabend abend im Norden...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**Letzte Depeschen.**

**Eine blutige Niederlage der Serben.**

**Bulgarischer Bericht.**

Wien, Sofia, 14. Mai. Generaloberst vom 13. Mai.

Mazedonische Front: In der Gegend von Bitola...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**Die „erfolgreiche“ Beschießung von Zeebrugge.**

Wien, London, 14. Mai. Die Admiralität teilt mit...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**319 Flieger in drei Wochen.**

e. B. Reiser, 14. Mai. In den Wäldern...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

ernstlich in Frage gestellt wird, sofern die Wägung im Monat...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

**Handel, Gewerbe und Verkehr.**

**Wochenmittlungsbericht.**

Berlin, 14. Mai. In Erwartung der morgigen...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Am Montanienmarkt letzten die folgenden Werte...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Von Spezialitäten bevorzugt: ein Gefäß...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Am Markt der Elektrizitätsaktien war der Verkehr...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Canada-Pacific-Aktien haben sich ebenfalls...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Im hiesigen Geldmarkt stellte sich...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Table with 4 columns: Location, Unit, Price, and another Unit. Includes entries for New York, London, and Constantinople.

Constantinople Gold 20.45 Brief 20.55  
Spain Gold 125.50 Brief 126.80

**Getreide.**

Berlin, 14. Mai. Die anhaltende warme Witterung...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Döring & Lehmann u. S. für Bergwerks, Erd- und...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Gewerkschaft Güttershals in Göttingen (Kaffee). In der...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes entries for Wheat and Flour.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyd...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.

**Familien-Nachrichten.**

Die Beerdigung der Witwe Auguste Knauth geb. Heydrich...  
...auf die Besondere der Provinzial-Verwaltung.